

## **Einwohnergemeinde- Versammlung**

**Mittwoch, 5. Februar 1997, 20.00 Uhr, in der Hofackerhalle**

### **Traktanden:**

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler, Genehmigung der Traktandenliste
2. Gemeindeführungsstab: Vorlage und Genehmigung eines Vertrages über die Bildung eines regionalen Gemeindeführungsstabes für den Fall von Katastrophen und kriegerischen Ereignissen
3. Kindergarten: Aufhebung des Beschlusses vom 14.12.1987, Reduktion des Schulbetriebes auf einen vorschulpflichtigen Jahrgang mit einer Kindergartenklasse
4. Voranschlag 1997: Vorlage und Genehmigung einer überarbeiteten Fassung
  - 4.1 Laufende Rechnung
  - 4.2 Investitionsrechnung
5. Festsetzung des Steuerfusses
6. Verschiedenes

**Vorsitz:** Bruno Hänggi, Gemeindepräsident

**Protokoll:** Peter Gasser, Gemeindeschreiber

**Stimmenzähler:** Franz Bloch, Anton Hänggi-Saner, Hansruedi Widmer, Martin Dietler

Es sind 193 Personen anwesend, dazu kommen 3 Pressevertreter und eine Delegation des Gemeinderates von Bretzwil als Gäste, nachdem anlässlich der letzten gemeinsamen Sitzung vereinbart worden ist, gegenseitig Versammlungen zu besuchen.

### **Traktandum 1: Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler, Genehmigung der Traktandenliste**

Der Gemeindepräsident begrüsst zur Versammlung, er stellt fest, dass rechtzeitig eingeladen worden ist und dass die Unterlagen wie üblich zur Auflage gelangt sind. Die zum Budget 1997 vorgeschlagenen Korrekturen wurden, zusammen mit weiteren Informationen, in gedruckter Form in die Haushaltungen verteilt.

Er begrüsst besonders die Gäste aus Bretzwil (Hansjörg Grossmann, Hans Högler, Gottfried Amport und Hanni Huber).

Die Stimmenzähler werden ohne weitere Vorschläge als gewählt erklärt.

## **Traktandum 2: Gemeindeführungsstab: Vorlage und Genehmigung eines Vertrages über die Bildung eines regionalen Gemeindeführungsstabes für den Fall von Katastrophen und kriegerischen Ereignissen**

Kuno Gasser orientiert: Nachdem sich die Zivilschutzorganisationen der 5 Gemeinden im 'Gebirg' zusammengeschlossen haben, wird eine Reorganisation der Gemeindeführungsstäbe notwendig. Die Bildung eines gemeinsamen Stabes ist naheliegend, der vorliegende Vertrag regelt die Einsatzmöglichkeiten, die Kompetenzen und den finanziellen Rahmen.

Eintreten ist unbestritten.

Der Vertrag wird artikelweise kommentiert (Beilage), um die vermeintliche Dominanz der Gemeinde Nunningen abzuschwächen (Vorsitz, Protokoll, Finanzen), wurde vereinbart, dass jeder Gemeindepräsident der 5 beteiligten Gemeinden Einsätze anordnen kann. In Anspruch genommen werden die Dienste des Stabes, wenn Ereignisse eintreten, die mehrere Gemeinden betreffen; bei lokalen Vorkommnissen haben die örtl. Behörden dorfbezogene Einsätze anzuordnen.

Es gibt keine Fragen, der nachfolgende **Antrag** wird mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme gutgeheissen:

*'Die Gemeindeversammlung genehmigt den vorliegenden Vertrag betreffend die Bildung eines gemeinsamen Gemeindeführungsstabes nach den gesetzlichen Bestimmungen, umfassend die Gemeinden Fehren, Himmelried, Meltingen, Nunningen und Zullwil, sie beschliesst den Beitritt zur erwähnten Organisation mit der Bezeichnung 'Gemeindeführungsstab Gilgenberg'.*

## **Traktandum 3: Kindergarten: Aufhebung des Beschlusses vom 14.12.1987, Reduktion des Schulbetriebes auf einen vorschulpflichtigen Jahrgang mit einer Kindergartenklasse**

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass die Budgetgemeindeversammlung vom 12.12.96 dem Gemeinderat den Auftrag gegeben hat, den Voranschlag zu überarbeiten. Bei Bewegungen innerhalb der laufenden Rechnung in der Größenordnung von 6 Mio Franken sind über 90 % sozusagen als gebundene Posten zu betrachten, lediglich 10 % der Mittel sind mehr oder weniger frei verfügbar. Bei einem Ausgabenüberschuss von 480'000 Fr. in der laufenden Rechnung müssten also, einfach ausgedrückt, sämtliche Ausgabenposten gestrichen werden, um einigermaßen ausgeglichen abschliessen zu können. Auch dem Gemeinderat ist klar, dass die Aufhebung des 2. Kindergartens unpopulär ist.

Marianne Hänggi orientiert: Der Vorschlag des Gemeinderates ist nicht willkürlich, er basiert auf dem Beschluss der Gemeindeversammlung auf Rückweisung des Voranschlages und in der Meinung, dem Sparauftrag entgegenzukommen. Damit können 40 - 50'000 Fr. eingespart werden (1997 = 17'000.--). Die Führung der Klasse erfolgt auf freiwilliger Basis seit 1987, deshalb erfolgt Antrag auf Aufhebung.

Eintreten: HR. Müller **stellt Antrag**, nicht auf das Geschäft einzutreten, es gehe um die Bildung der Jugend. Für die Zonenplanung sei zB. eine Viertelmillion ausgegeben worden, ohne dass die Arbeiten hätten abgeschlossen werden können.

Hans Göller unterstützt den Antrag Müller, die Jugend sei das Kapital der Gesellschaft, es gehe nicht an, dass überall in Belangen der Familie und der Schule gespart werde, das sei nicht zukunftsconform, es stehe der FdP und der CVP schlecht an, solche Vorschläge zu unterbreiten.

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass hier nicht parteipolitisch entschieden worden sei, es sei ein Versuch, Einsparungen zu erreichen.

Christian Gasser will die interessierte Gemeinschaft unterstützen, die Reaktion auf den Beschluss des Gemeinderates ist offensichtlich. Der GV- Beschluss aus dem Jahre 1987 sollte zwar überdacht werden, die Problematik bei der Budgetierung ist zu berücksichtigen, sollte jetzt nicht über das Problem diskutiert werden können, wäre später darauf zurückzukommen.

Greti Altermatt: Wenn nicht auf das Geschäft eingetreten wird, wird bewiesen, dass man nicht darüber reden will. Die Gemeinschaft ist daran interessiert, dass entschieden wird, aber über die Eintretensdebatte, dies gibt die Möglichkeit, dass ein Beschluss längerfristig abgesichert werden kann. Das Flugblatt der Interessengruppe sagt nichts über die Finanzierung, es gibt 2 Möglichkeiten, a) die Einführung eines Schulgeldes, was zu verneinen ist und b) nicht eintreten und Lösung wie bis anhin, was mehr Schulden bedeutet und mit sich bringt, dass wir auch unseren Kindern Schulden machen. Eine weitere Variante besteht darin, dass wir klar sagen, dass wir den Kindergarten in der heutigen Form wollen, dass uns dies aber etwas wert ist, zB. 2 Prozentpunkte mehr Steuern. (Steuervergleich, bei 40'000 Fr. 42 mehr Steuern pro Jahr. **Beantragt wird**, auf das Geschäft einzutreten und den Steuerfuss um 2 Punkte zu erhöhen.

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass der Gemeinderat diesen Antrag unterstützen könnte, er plädiert nochmals für Eintreten.

Willi Menth seinerseits unterstützt die Worte Greti Altermatt, allerdings ohne Finanzierungsvorschlag. Im übrigen wäre die Aufhebung ein Rückschritt, nachdem vor 25 Jahren auf privater Basis Spielgruppen gebildet wurden, um den Kindern die Möglichkeiten des vorschulpflichtigen Schulbesuchs ermöglichen zu können.

Mit **126 Ja zu 25 Nein** wird **Eintreten** beschlossen.

Hanspeter Stebler stellt fest, dass eben in der Vergangenheit zu viel Geld ausgegeben worden sei, er ist für's Sparen, aber hier würde dies eine Schwächung bedeuten, nachdem Jahrgänge bis zu 30 Kinder eingeschult werden. Der Kindergarten ist kein Kinderhütendienst, er dient zur Vorbereitung der Kinder auf die eigentliche Schulzeit, mit dem beantragten Vorhaben würde dies verhindert. Er ist gegen eine Steuererhöhung aber für die Weiterführung des 2. Kindergartens.

Dr. Willi Menth glaubt, dass die vorgeschlagene Lösung gegen alle pädagogischen Argumente spricht, nach dem Neubau von über 1 Mio Fr. käme der Abbau einem Schildbürgerstreich gleich. Er könnte sich vorstellen, dass als Uebergang Mittel aus dem Bereich der Kulturkomm. eingesetzt würden.

Käthi Grolimund findet die Idee mit dem Kulturfonds zwar gut, aber die Lösung müsse nicht für ein Jahr, sondern eben längerfristig gefunden werden, sonst sei eine Aktion einer neuen Interessengruppe vorprogrammiert. Sie sieht die Lösung in einer Steuererhöhung von 2 Punkten.

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass Beratungen im Kantonsrat dahin gehen, den 2. Kindergarten als obligatorisch zu erklären, der Ausgang der Verhandlungen ist allerdings noch offen.

Christian Gasser präsentiert anhand von Folien die Situation, eigentlich fehlen 13,2 Prozent an Steuern, wenn ausgeglichen abgeschlossen werden sollte, das sind 17 Punkte. Er zeigt auch auf, was eine Erhöhung der Gemeindesteuer ausmacht, 2 Punkte zB. ergeben bei 50'000 Fr. steuerpfl. Einkommen Fr. 3.50 pro Monat, weitere Zahlen liegen vor. Er stellt keinen Antrag, will aber ausführlich informieren.

Der Gemeindepräs. bedauert, dass die 3 Anläufe des Gemeinderates ohne Erfolg blieben, auch beim Ausgleich der kalten Progression durch den Kanton war ein Auffangen durch Erhöhung der Gemeindesteuer nicht möglich.

Greti Altermatt stellt fest, dass der Vorschlag W. Menth überrasche, die Komm. hätte nie Gelegenheit gehabt, darüber zu beraten, letzterer erläuterte, den Vorschlag spontan gemacht zu haben, die Beibehaltung der 2. Klasse sei losgelöst von der Finanzierungsfrage zu beschliessen. Greti Altermatt **beantragt** die Beibehaltung bei einer Steuererhöhung um 2 Punkte.

Christian Gasser sieht keine zweckgebundene Steuer, evt. müsste sogar separat Rechnung geführt werden.

HR. Müller **stellt Antrag** auf Beibehaltung in der heutigen Form.

Die **Abstimmung** ergibt für den **Antrag Altermatt 64 Ja und 77 Nein**.

Der gemeinderätliche Antrag lautet:

*'Die Gemeindeversammlung beschliesst die Aufhebung des Gemeindeversammlungsbeschlusses vom 14.12.1987, so, dass der Kindergarten bis auf weiteres nur einklassig und für nur einen vorschulpflichtigen Jahrgang geführt wird'.*

Dieser **Antrag wird mit 44 Ja zu 93 Nein abgelehnt**

Das Resultat wird mit Applaus zur Kenntnis genommen. Der Gemeindepräsident stellt fest, dass der Entscheid für ihn Erleichterung bringe, der dankt für die faire Diskussion.

#### **Traktandum 4: Voranschlag 1997: Vorlage und Genehmigung einer überarbeiteten Fassung**

##### **4.1 Laufende Rechnung**

##### **4.2 Investitionsrechnung**

Der Gemeindepräsident erläutert, das Budget wurde nicht neu gedruckt, wer sich schriftlich informieren will, kann die Ausgabe vom 12.12.96 mit dem Beiblatt vergleichen.

Bruno Altermatt stellt fest, dass die Arbeit des Gemeinderates eine Verminderung des Ausgabenüberschusses von Fr. 110'000.-- gebracht habe. Das Resultat sei nicht so wie erwartet, es sei schwierig, Möglichkeiten zu finden, um das Defizit vermindern zu können. Kürzungen sollten - wenn überhaupt - sinnvoll sein. Es bleibt ein Finanzierungsfehlbetrag von 370'000 -- Fr., die Möglichkeiten, Ausgaben reduzieren, seien ausgeschöpft. Und wenn eine Mehrverschuldung vermieden werden soll, bleibt nur eine Steuererhöhung, die nun verschiedentlich bachab geschickt wurde. Was bleibt, ist die Möglichkeit, vermehrt das Verursacherprinzip zur Anwendung zu bringen (Abfall, Kehricht etc.), damit werden die Familien mit Kindern und sozial Benachteiligte getroffen - diese sollten sich wehren und eher für die Steuererhöhung plädieren, damit würden sie weniger stark belastet.

Ohne Steuererhöhung werden mit dem Budget 1998 erneut lange Diskussionen geführt werden müssen.

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass mit dem neuen Vorschlag auch Investitionen gestrichen wurden - ob dies in der heutigen Zeit richtig sei, sei fraglich. Eine Kündigung des Vertrages mit der Musikschule sei erst auf 2002 möglich, es soll versucht werden, den Kostenverteiler nach Schülern, nicht nach Einwohnerzahlen, zu gestalten, was mindestens im Moment für Nunningen eine Vergünstigung bringen würde.

HR. Müller erinnert an die Erhöhungen von Wasserpreis und Kehrrechtgebühr im Jahre 1995 und glaubt, dass unserer Verwaltung mit 500'000 Fr. zu teuer sei im Vergleich zu Büsserach.

Der Gemeindepräsi. erläutert: Vergleiche mit Büsserach sind nicht objektiv, die beiden Wegmacherstellen in Nunningen können aus verschiedenen Gründen (grosses Wegnetz, geogr. Lage, Wasserversorgung, eigene ARA etc.) verantwortet werden. Die Abklärungen durch den Finanzverwalter von Büsserach dauerten nicht 1 Woche, sondern einen Abend, Verbesserungen bei gewissen Arbeitsabläufen wurden eingeführt. Wenn schon Vergleiche, müsse auch berücksichtigt werden, dass der Unterschied im Steuerertrag 350 Fr. ausmache (1800 für Ngen, 2150 für Büsserach), dies ergibt den Betrag von 500'000 Fr. oder 20 Prozentpunkten. Uebrigens sei die Festsetzung der Kehrrechtgebühr nicht Sache der Gemeinde, sondern des Verbandes und weitere Erhöhungen seien vorgesehen.

Eintreten wird beschlossen:

Hansjörg Hänggi erläutert die beantragten Veränderungen (Beilage). Mit 40 Korrekturen, darunter der Kindergarten mit 17'000.--, bringen ca. 100'000.--.

Käthi Grolimund erbittet Auskunft betr. den Posten 'Wandtafeln, 20'000.--'.

Die Erläuterung des Gemeindepräsi. ergibt, dass kurz nach der GV vom 12.12. festgestellt wurde, dass die Tafeln bestellt, ja sogar bereits nach Mass fabriziert wurden. Am 12. Nov., also nach der Budgetsitzung des Gemeinderates, wurde der Auftrag nach Protokoll Schulkommission, abgefasst durch den Präsidenten, erteilt, Hanspeter Stebler berichtet, ein Lehrer habe den Auftrag weitergegeben. Unverständlich bleibt nach wie vor, wieso Marianne Hänggi die Schuld daran tragen soll, dass HP. Stebler über die Anschaffung nicht orientiert worden ist, nachdem dieser selber festgehalten hat, die Wandtafeln 'können angeschafft werden'. Nach Christian Gasser hätte diese Angelegenheit im Dorfblatt publiziert werden müssen, weil die Schulkomm. damit einen Formfehler begangen hat. Josef Gasser nimmt zur Kenntnis, dass die Kompetenz der Kommission eigentlich bei 5000 Franken liegt.

Für HR. Müller sind die Auslagen im EDV-Bereich zu hoch (13'000.--), der Aufwand für die Jungbürger sei zu streichen, nachdem auch der Altersausflug hinfällig werde und ohnehin mehr Gemeinderäte als junge Leute am Anlass teilnehmen würden. Er stellt keinen Antrag (Die Behauptung ist auch unrichtig, von 22 'Berechtigten' nahmen immerhin 15 am Anlass teil).

Tobias Gasser vertritt die Meinung, man sollte nicht einsparen, sondern nicht ausgeben. Dabei müsse bedacht werden, wo nicht ausgegeben wird. Wenn das Schulreisegeld gestrichen werde, sei dies nicht gespart, weil andere das Geld ausgeben müssten.

Nach seiner Meinung müsste das alte Budget verabschiedet werden, allerdings mit 130 % und mit der zu erwartenden Mehrverschuldung. Wenn Steuererhöhungen nötig würden, sei dies in 5 Jahren noch früh genug, falls sich inzwischen die Rechnung nicht durch andere Gegebenheiten verbessere.

Er stellt den **Antrag**, das alte Budget ohne Steuererhöhung zu genehmigen, nötigenfalls sei mit dem nächsten Budget über eine Erhöhung zu diskutieren.

Christian Gasser stellt den **Antrag**, das alte Budget zu genehmigen, aber anstelle der 138 nur 133 Punkte zu übernehmen.

Diesen Anträgen steht **derjenige des Gemeinderates** gegenüber, dieser lautet:

'Die Gemeindeversammlung genehmigt den überarbeiteten Voranschlag für das Jahr 1997 über die laufende Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 373'545.-- und über die Investitionsrechnung mit einem Aufwand an Nettoinvestitionen von Fr. 292'000.--'.

Das Abstimmungsergebnis lautet:

Antrag Christian Gasser	91 Stimmen
Antrag Tobias Gasser	23 Stimmen

Antrag Christian Gasser im Vergleich zum Antrag des Gemeinderates (mit ausdrücklicher Erläuterung betr. den Steuersatz von 133 %)	106 Stimmen
---	-------------

Antrag des Gemeinderates	54 Stimmen
--------------------------	------------

Damit ist der **Antrag Christian Gasser angenommen** (Voranschlag nach Vorlage 12.12.1996, aber mit **133 %** als Steuerfuss).

Der Gemeinderat stellt fest, dass er annehme, dass damit der Steuerfuss mit 133 % als beschlossen betrachtet werden könne, eine Diskussion um Trakt. 5 'Festsetzung des Steuerfusses' wäre somit hinfällig.

Es wird keine gegenteilige Meinung geäußert.

### **Traktandum 5: Festsetzung des Steuerfusses**

Das Traktandum wird wie vorstehend erläutert als erledigt betrachtet.

### **Traktandum 6: Verschiedenes**

Dieter Stebler orientiert: **Das Dorfbuch** wurde in jeder Hinsicht zum Erfolg. Der Verkauf lief gut, an den von der Gemeindeversammlung bewilligten Kredit können bereits heute über 30'000 Fr. zurückbezahlt werden, nachdem über 1250 Bücher abgesetzt werden konnten. Die verbleibenden 810 Bücher werden von der Gemeinde übernommen. Der budgetierte Betrag von 141500 Fr. steht einem Abrechnungsbetrag von Fr. 141528.15 gegenüber. Verdankt werden die Arbeit der Redaktionskommission und die Sponsorenbeiträge, zwei Elemente, die massgeblich am guten Ergebnis beteiligt sind. Der Gemeindepräsident verdankt seinerseits die geleistete Arbeit.

HR. Müller möchte wissen, wozu die Planungsarbeiten **Industriezone OST** wieder aufgenommen werden, er spricht von einem gigantischen Werk.

Der Gemeindepräsident erläutert: Es geht hier um den Abschluss der begonnenen Arbeiten, das Land ist eingezont, ohne Umlegung kann es nicht beansprucht werden.

Das verabschiedete Leitbild spricht von der Absicht, das Areal zu erschliessen, im heutigen Zustande kann kein Interessent animiert werden, sich zu engagieren. Mindestens diese Bereitstellung sollte erfolgen, eine weitergehende Planung ist nicht vorgesehen, also entstehen auch keine Kosten.

Hans Göller dankt für den gezeigten Sparwillen, seiner Meinung nach ist das Prozedere um das Budget 1997 ein Sujet für die Fasnachtszeitung.

Richard Häfeli stellt fest, dass das Budget 1997 tatsächlich keine grossen Sprünge erlaube. Seiner Meinung nach sollte der Baum richtig geschnitten werden, es sind nicht nur Zweige, sondern Aeste abzuschneiden - dazu gehöre allerdings nicht der Kindergarten. Er beantragt, es sei ein Massnahmenpaket zu erarbeiten, dabei sei auch an Posten zu denken, die mit Solothurn bereinigt werden müssten.

Der Gemeindepräsident nimmt die Anregung zur Kenntnis. Nach neusten Informationen könnte ein Geschenk möglich werden, ein Versuch, die Kosten nach Altersheimgesetz auf die Gemeinden zu verteilen, könnte der Gemeinde je nach gewählter Variante zwischen 1,5 und 3 Mio Franken bringen, die Auswirkungen für unsere Rechnung wären erfreulich. Die Mitteilung ist allerdings mit Vorsicht zu geniessen, weil das Geld von anderen Gemeinden kommt und eine Erledigung sich in die Länge ziehen kann.

Franz Hänggi erkundigt sich nach dem Resultat der Abklärungen betr. **Taxpunkte** bei Zahnarztrechnungen (Schulzahnpflege, Feststellung HR. Müller am 12.12.96). Hanspeter Stebler stellt fest, dass im Jahre 1995 eine Neuregelung in Kraft getreten sei und dass es sich bei der Anfrage um eine Rechnung aus dem Jahre 1994 gehandelt habe, die Fakturierung sei im Vergleich zu anderen Schulzahnärzten ordnungsgemäss erfolgt.

Es gibt keine weiteren Wortbegehren. Der Gemeindepräsident schliesst die Versammlung mit einem Dank für das zahlreiche Erscheinen und das rege Interesse an den Geschäften, die mit sachlicher Diskussion behandelt worden sind.

Für die Gemeindeversammlung:

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeschreiber:

Die Stimmzähler:

.....  
.....  
.....  
.....

## **Bürgergemeinde- Versammlung**

**Mittwoch, 5. Februar 1997, 21.45 Uhr**, (anschliessend an die Einwohnergemeinde-Versammlung) in der Hofackerhallte

### **Traktanden:**

1. Wahl der Stimmenzähler, Genehmigung der Traktandenliste
2. Gesuch um Einbürgerung: Ayten Talay geb. Dokgöz, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Nunningen
3. Verschiedenes

**Vorsitz:** Bruno Hänggi, Gemeindepräsident

**Protokoll:** Peter Gasser, Gemeindeschreiber

**Stimmenzähler:** Anton Hänggi-Saner und Silver Hänggi

**Traktandum 1:** Wahl der Stimmenzähler, Genehmigung der Traktandenliste

Die Stimmenzähler werden kommentarlos bestätigt, die Traktandenliste wird unverändert belassen.

**Traktandum 2:** Gesuch um Einbürgerung: Ayten Talay geb. Dokgöz, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Nunningen

Der Gemeindepräsident stellt die Bewerberin vor, sie ist im Jahre 1979 in die Schweiz eingereist, ihr Wohnsitz war bis 1989 Zullwil, seither wohnt sie in Nunningen. Sie ist geschieden, sie arbeitet in Pflegeberufen, ihre Eltern wohnen nach wie vor in Zullwil und kümmern sich während der Arbeitszeit um das Kind Eda, geb. 1992, das ebenfalls eingebürgert würde. Die eidg. Bewilligung liegt vor, die Abklärungen haben keine nachteiligen Umstände, die gegen eine Einbürgerung sprechen würden, ergeben.

Jos. Gasser bemängelt, dass die Gesuchstellerin nicht anwesend ist. Es wird festgestellt, dass Frau Talay den Besuch der Versammlung in Aussicht gestellt hat, allerdings ist dieser nicht zwingend, während der Verhandlung müsste sie den Raum auch verlassen (Abtretungsfall).

Juan Barriopedro und Waltraud Drai-Stebler sprechen sich für die Einbürgerung aus. eine Anfrage Menth wird dahingehend beantwortet, dass gewisse Staaten ein Doppelbürgerrecht kennen, dass aber Einträge in den Schweizer Registern darüber keine Auskunft geben - einmal eingebürgert, zählt das erworbene Schweizerbürgerrecht.

Eintreten ist unbestritten.



Es sind keine weiteren Wortbegehren. Der gemeinderätliche **Antrag** lautet

*'Die Gemeindeversammlung stimmt der Einbürgerung der Ayten Talay geb. Dokgöz, geb. 1970, zusammen mit ihrem Kind Eda, geb. 1992, zu'.*

Dem Antrag wird mit grossem Mehr zugestimmt.

**Traktandum 3:** Verschiedens

Der Gemeindepräsident orientiert, die in Aussicht genommene Vereinigung der Einwohner- und der Bürgergemeinde soll demnächst vorbereitet werden, ein diesbezüglicher Beschluss dürfte im Laufe des Sommer fällig sein.

Die Diskussion ist erschöpft, der Gemeindepräsident dankt für die Teilnahme an der Versammlung.

Für die Gemeindeversammlung:

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeschreiber:

Die Stimmenzähler:

.....

.....